

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, an Sonn- und Festtagen nur morgens...  
Redaktion: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19 111.  
Verleger: Kurt Roden 2893 und 2896.

Abgabe kosten die achtspaltige Komposition oder deren Raum 20 Pf. Kleine Anzeigen...  
Expedition: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19.  
Verleger: Kurt Roden 2768.

# Freiheit

## Berliner Organ

### der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

# Für Deutschland und Rußland!

## Huyssmans über die Friedensverhandlungen.

### Die Forderungen der Internationale. — Die italienische Krise. — Die belgische Frage.

Amsterdam, 24. April.  
Der Sekretär des Internationalen Sozialistischen Bureau's Huyssmans gewährte einem Vertreter des Wolffschen Bureau's eine längere Unterredung. Ueber die Stellung der belgischen Delegierten auf der Amsterdamer Sozialistenkonferenz erklärte er, daß die Deutschen als Vertreter einer Sozialdemokratie kommen, die im Gegensatz zu anderen Ländern, in denen der Einfluß der Sozialisten in der Regierung nicht so groß ist, die Politik ihres Landes bestimmt. Auf die Frage, ob ein Balkenbund denkbar sei, ohne daß Deutschland von Anfang an ein gleichberechtigtes Mitglied am Bunde teilnimmt, verwies Huyssmans auf die von Robert Cecil unterbreitete Resolution der sozialistischen Februar-Konferenz in Paris, in der gefordert wurde, daß Deutschland und Rußland sofort in den Balkenbund aufgenommen werden. Huyssmans erklärte, daß diese Frage ein Hauptgrund der in Amsterdam stattfindenden Sozialistenkonferenz sei und brückte die feste Hoffnung aus, daß die Forderung der Konferenz „Sofortige Aufnahme Deutschlands und Rußlands in den Balkenbund“ nicht ohne Einfluß auf die Friedensverhandlungen in Paris bleiben werde. Diese Forderung wird von den französischen Delegierten, insbesondere Renaudel, energisch unterstützt und ist auch von den englischen Sozialisten auf der in London am 22. April abgehaltenen Konferenz des Gewerkschaftsverbandes und der Arbeiterpartei erhoben worden.  
Auf die Frage, ob die Behauptung der italienischen Staatsmänner, daß in Italien eine Revolution ausbrechen würde, wenn die annexionsistischen Kriegsziele Italiens nicht erfüllt würden, richtig sei, erklärte Huyssmans, eine Revolution könne schon deshalb nicht eintreten, weil die Arbeiter grundsätzlich gegen die Annexionen seien und außerdem nicht den geringsten Vorteil davon und daher auch kein Interesse daran hätten. Wenn in einem Lande eine Revolution ausbrechen sollte, so hätte sie andere Ursachen. Die italienischen Annexionsisten verstanden unter Revolution den Sturz der italienischen Regierung. Die Erfahrung habe jedoch gelehrt, daß solche Revolutionen sich häufig in Wirklichkeit begründete, von den Arbeitern unterstützte Revolutionen vermindern, die einen etwas anderen gearteten Verlauf nehmen, als die Veranlasser ihnen sich vorgestellt haben. Huyssmans erklärte, in Belgien seien die Arbeiter durchaus annexionistisch. Jedoch vollständige Wiederherstellung Belgiens und völlige Wiedergutmachung für die im Kriege angerichteten Schäden sei für Belgien eine Frage von Leben oder Tod. Ein Siebenmächtenpakt wie Belgien wäre sich keine 300 000 Erwerbstätigen leisten.  
Um wieder zu gesunden, müßte Belgien Garantie dafür haben, daß es wiederhergestellt wird. Diese Frage sei Belgien eine Frage und allein wegen dieser Frage habe sich König Albert nach Paris begeben. Ob Belgien die geforderten Garantien für den Wiederaufbau erhalten werde, sei unsicher.

## zu einer derartigen Regelung zu gelangen. Orlando reist abends ab, um das italienische Parlament zu Rate zu ziehen.

Paris, 24. April (Reuter)  
Orlando, Borzilai und Diaz sind um 8 Uhr abends nach Rom abgefahren. Der dritte Delegierte, der italienische Volschastler, bleibt auf seinem Posten.  
Amsterdam, 25. April. Wie der „Telegraaf“ meldet, schreibt die Pariser Ausgabe der „Chicago Tribune“, daß Wilson, obgleich der Konflikt mit den italienischen Delegierten die Stellung der Deutschen gestärkt habe, davon überzeugt sei, daß Amerika, Frankreich und England stark genug seien, um den Friedensplan durchzuführen. In jedem Falle sei die Erklärung Wilsons Amerikas letztes Wort in der abriatischen Frage. Frankreich und England seien jedoch in einer viel schwierigeren Lage, da die Alliierten übereingekommen seien, keinen Sonderfrieden zu schließen.

## Vorbildliches aus Oesterreich.

### Erfolge der österreichischen Auslandspolitik.

Wien, 25. April. (Korrespondenzbureau.)  
In der letzten Zeit sind mit Südslawien, der Westukraine, Rumänien und Ungarn Kompensationsverträge abgeschlossen worden. Der Vertrag mit dem Warenverkehrs-bureau ähnlichen Institut in Belarad ist ein Kaufvertrag, nach dem Waren zum gleichen Werte beiderseits zu liefern sind. Die Bedeutung des Vertrages mit der Westukraine beruht vornehmlich darauf, daß er Oesterreich künftige Verträge mit Mineralölprodukten einflüßiger gestaltet. Der Vertrag mit Rumänien sichert Oesterreich zunächst 6000 Tonnen Mineralölprodukte und gibt der Erdölstelle die Option auf weitere 14 000 Tonnen. Dafür liefert Oesterreich Industrie-Produkte im gleichen Werte, insbesondere Eisenbahnmateriale. Von neuen Verträgen mit Ungarn wird diesem die Lieferung von 100 000 Alkogrammen Schafwolle zum ungarischen Höchstpreis und von allerdings nur geringen Mengen an Lebensmitteln aufserlegt. Bei der Abwicklung der bisher abgeschlossenen Kompensationsverträge werden Waren im Gesamtwerte von 1 1/2 Milliarden Kronen zur Ausfuhr gelangen.

## Kampfanfrage des Leipziger Arbeiterrats an die Reichsregierung.

Privattelegramm des „Freiheit“.  
Leipzig, 25. April.  
Der Arbeiterrat Leipzig erklärt erneut eine Bekanntmachung, in der er den Belagerungszustand für nicht bestehend erklärt.

Zu der durch die Provokation der Reichsregierung geschaffenen Lage erfahren wir aus unterrichteter Quelle noch folgendes: Da die sächsische Regierung einsteht, daß sie gegenüber der Arbeiterschaft in Leipzig und Chemnitz ohnmächtig ist, hat sie sich an die Reichsregierung gewandt, um von ihr Unterstützung zu erhalten. Die Arbeiterschaft in Leipzig wird sich nicht einschüchtern lassen durch die Tatsache, daß die Reichsregierung hinter die sächsische Regierung tritt. Sie wird vielmehr sich den Maßnahmen der Reichsregierung zur Ermöglichung des Belagerungszustandes widersetzen. Wenn die Moskietruppen in Leipzig einrücken sollten, so wird eine solche Provokation zu sichtbaren Zusammenstößen führen müssen. Mit den Mitteln des Belagerungszustandes und der weichen Garde wird man in Leipzig nicht Ruhe und Ordnung sichern, sondern blutige Unruhen hervorrufen. Ruhe und Ordnung herrschte bisher in Leipzig wie fast in keiner anderen deutschen Großstadt. Wenn sie durch die Provokation der sächsischen und Reichsregierung gestört werden, so wird die Verantwortung auf diese Regierungen zurückfallen. Eine Sicherung der Messe durch Belagerungszustand und weiche Garde ist unmöglich. Die Leipziger Messe kann allein gesichert werden durch den guten Willen der Leipziger Arbeiterschaft. Wird diese provoziert, so ist eine Verhinderung der Leipziger Messe gewiß.

## Eine mißlungene Beweisführung.

Dem Bogromflugblatt, das in einer Millionenauflage hergestellt wird, folgt jetzt eine Broschüre über „Die Berliner Spartakusunruhen im März 1919“. Die Broschüre soll die Wirkung ergänzen, die durch die Verbreitung der Bogromflugblätter erzielt werden soll und will außerdem den Nachweis erbringen, daß Generalstreik und Rußland im engsten Zusammenhang standen. Die Broschüre aimet denselben Geist, der aus den Bogromflugblättern spricht. Wie man auf diesen Flugblättern wahllos nebeneinander geschichtete Leichen sieht, ohne daß genaue Angaben über die Ursachen und Umstände des Todes vorliegen, so werden in der Broschüre Erzählungen aneinandergerichtet, die nichts weiter sind, als eben nur Erzählungen.

Der anonyme Verfasser der Broschüre muß zugeben, daß die Unruhen auf dem Alexanderplatz am Sonntag, den 2. März begannen. Sie erreichten ihren Höhepunkt am Nachmittag des 3. März, also zu einer Zeit, wo der Generalstreik noch gar nicht beschlossen war. Dem Uebergang der Matrosen division zu den Aufständigen bezeichnet er als von langer Hand vorbereitet. Er übergeht aber die Tatsache, daß die Matrosen division es war, die zuerst den Alexanderplatz von Bünderern säuberte und dabei eine große Anzahl Verbrecher gefangen nahm. Ferner auch die Tatsache, daß erst durch die Schüsse, die aus dem Polizeipräsidium auf eine Abordnung der Matrosen abgegeben worden sind, die Volksmarinodivision zum Kampf gegen die Regierungstruppen provoziert wurde.

Die Lüge über den Lichtenberger Beantkennung ist dem Verfasser so peinlich, daß er sie nur ganz nebenächlich behandelt. Er versucht sie damit zu rechtfertigen, daß die Gefangenen, die die Nachricht überbracht haben, durch die ständig wiederholten Drohungen mit Gefährlichen derartig feilsch zusammengedrückt seien, daß in ihrem Bewußtsein Drohung und Tatsache eins wurde. Außerdem sei das „Gerücht“ über den Lichtenberger Massenmord, noch deshalb entstanden, weil die Gefangenen tagelang keine Nachricht nach außen hätten gelangen lassen können. Das ist eine offensichtliche Unwahrheit. Denn der Lichtenberger Beantkennung wurde unmittelbar nach Erfüllung des Polizeipräsidiums bekanntgegeben. Das „Gerücht“ ist also nicht entstanden durch die Unruhe über das Schicksal der Gefangenen, sondern auf Grund unzuverlässiger Aussagen, die aber der militärischen Stelle höchst angenehm waren, weil sie auf diese Weise das langerechte Standrecht verhängen konnte.

Der Verfasser spricht in seiner Broschüre immer wieder von Genetaten und Schenlichkeiten der „Spartakisten“. Wir haben nie abgestritten, daß von den Aufständigen einzelne Gewalttaten verübt worden sind und wir haben sie, sofern sie bewiesen werden konnten, auf das Allerschärfste verurteilt. Wenn der Schreiber der Broschüre ein Interesse an der Wahrheit hätte, müßte er seinen Erzählungen folgen Grausamkeiten und Schenlichkeiten die Beweise folgen lassen. Er kann jedoch nur einen einzigen Fall anführen, nämlich den Fall des Schneiders Hermann Dill, der auch von uns gebrandmarkt wurde. Der Verfasser irrt also, wenn er glaubt, durch seine Beweisführung bräche die von uns in der Schrift „Die Wahrheit über die Berliner Straßenkämpfe“ gegebene Darstellung „in nichts“ zusammen. Unsere Schrift enthält lediglich Dokumente und Tatsachen, die durch Zeugen jederzeit bewiesen werden können und die auch dann noch eine laute Sprache reden werden, wenn die Erzählungen des Verfassers der Regierungsbroschüre längst verblüht sind.

Bei der Besprechung über die angerichteten Verwüstungen ist der Verfasser erneut das Märchen von der zahlreichen Artillerie auf, die den Aufständigen zur Verfügung gestanden habe. Bei der Belagerung Lichtenbergs ist aber außer Maschinengewehren lediglich ein Minenwerfer als Waffe gemeldet worden. Eine nachträgliche Ergänzung, an der das Edenhotel doch sicher großes Interesse gehabt hätte, ist nicht erfolgt. Der Verfasser wiederholt also auch in diesem Punkte lediglich die Lügen, die von den militärischen Stellen verbreitet und von uns bereits zerstückelt worden sind. Wiederholt er doch selbst die unwahre Behauptung, in Lichtenberg hätten anfangs 10 000, zuletzt 4000 russische Soldaten, während selbst nach den Angaben des Ober-

## Der Konflikt auf der Friedenskonferenz.

### Verständigungsversuche

London, 24. April (Reuter)  
Das Pressobureau veröffentlicht eine Antwort Orlando's auf Wilson's Proklamation. Orlando sagt, die Proklamation sei ein Versuch, einen Gegensatz zwischen Regierung und Volk hervorzurufen. Wilson behandle die Italiener, als ob sie Barbaren ohne eine demokratische Regierung wären. Er schließt mit einer Freundschaftsbegegnung für das amerikanische Volk.

Paris, 24. April (Reuter)  
Friedenskonferenz. Communiqués. Der Leiter A reise nach Rom hatte Orlando in Gesellschaft von Sonnino eine neuerliche Zusammenkunft mit Wilson, Lloyd George und Clemenceau. Alle zeigten den stärksten Wunsch, zu einer Lösung zu gelangen. Lloyd George und Clemenceau sprachen die Hoffnung aus, daß das italienische Parlament auch dazu beitragen werde.



Bürgermeisters von Lichtenberg höchstens 300 Personen an den Kämpfen teilgenommen haben. Natürlich schiebt der Verfasser auch die Schuld an den vielen unschuldigen Opfern unter den Männern, Frauen und Kindern den Aufständigen zur Last. Er hat dafür aber keine andere Beweisführung, als die lächerlichen „Dachschützen“, die bereits allenthalben als Produkte einer erbitterten Phantasie gelten. Die grundlose Schießerei bei der Straßenabsperrung, die Bombenabwürfe von Regierungsschiffen auf Menschenansammlungen, die planlose Verlegung der Häuser mit Artillerie- und Maschinengewehrfeuer, von aufgeregten Offizieren angeordnet, wird wohlweislich übergangen. Aber gerade diesen „strategischen“ Anordnungen sind die meisten Menschen zum Opfer gefallen. Außer für bringt unsere Schrift die Beweise, während der Verfasser der Regierungsbroschüre auf Mägen zurückgreifen muß, um die Gewalttätigkeit der Regierung und ihre grausamen Folgen zu bemängeln.

Dem Verfasser kommt es also auf eine genaue Darstellung der Einzelvorgänge nicht an. Er wärmt die fasslich bekannten Lügen der Garde-Kavallerie-Schützen-Division wieder auf, um die Leser zu beneideln und desto leichter die Frage nach der Schuld im Sinne seiner Vorbilder, der Herren Heine und Koske, beantworten zu können. Dafür, daß die Unabhängigen und die Kommunisten die Urheber des Aufstandes sind, kann der Verfasser nicht einen einzigen Beweis erbringen. Er führt selbst als „typisches Kennzeichen“ an, daß unter den in Lichtenberg verhafteten 1800 Aufständigen und Minderern nur drei waren, die aus ehrlicher Ueberzeugung für ein politisches Ideal kämpften.“ Trotzdem verweigert er sich zu der ungeheueren Behauptung, die Schuld an dem Berliner Blutvergießen“ falle „auf die Generalkommission“ zurück, die zur Erringung ihrer politischen Ziele auch vor dem Bürgerkrieg nicht zurückschreckten. Und er verlangt von der Regierung, daß das Gefindel „mit samt seinen Anführern und Anstiftern unschädlich gemacht wird.“

Das ist der Zweck der Uebung! Aus einem unpolitischen, höchst beklagenswerten Vorgang soll politische Münze geschlagen werden. Dabei wird selbst vor Verleumdungen nicht zurückgeschreckt, weil Beweise für die Wahrheit nicht zu erbringen sind. Wie aber mit den schändlichen Pogromflugschriften die politischen Kampfmethoden ihrer Urheber am besten gekennzeichnet sind, so werden auch der Regierung aus der Verbreitung der Märchenbroschüre über die Berliner Straßenkämpfe keine Freunde erwachsen. Der Kampf gegen die Märchauffständigen in Berlin hat die Regierung in einem derartigen Dichte gezeigt, daß alle Versuchungsversuche, alle infamen Mittel, eine politische Partei mit der Schuld zu belasten, die sie selber bedrückt fühlend schlagen müssen.

Die „standrechtlich“ Gemordeten, die gemarterten Gefangenen, die Hinterbliebenen der unschuldig getöteten Matrosen und anderer politisch „Verdächtigter“, sie alle, alle stehen als Ankläger da und keine Macht der Welt wird ihre Anschuldigungen gegen das Gewaltherrschaft der Regierung abschwächen können.

### Hungerkrieg in Bremen.

Die spärlichen Nachrichten, die bisher die Bremer Sensus passiert haben, geben ein völlig entstelltes Bild von der tatsächlichen Lage in Bremen. Diese Telegramme stellen es so dar, als ob die Arbeiter zuerst den Generalkommission auf Lebenswichtige Betriebe ausgedehnt hätten und als ob die Bürgerchaft in freiem Entschluß mit dem Abwehrstreik darauf geantwortet habe. Das gibt ein durchaus falsches Bild. Weder die Arbeiterchaft noch die Streikleitung hatten die Absicht, den Streik auf lebenswichtige Betriebe auszudehnen. Die Nahrungsmittelbetriebe, die Bäckereien, Molkereien, das Wasser- und Elektrizitätswerk! Mieses während des Generalkommission in vollem Betrieb. Einzige die Arbeiter des Gaswerks schlossen sich dem Streik an. Die Arbeitniederlegung auf dem Gaswerk, einem immerhin erst in zweiter oder dritter Linie lebenswichtigen Betrieb, war aber noch nicht einmal zur vollen Durchführung gelangt, als schon der „Abwehrstreik der Bürgerchaft“ in vollem Umfang einsetzte, und zwar gleich mit der

### Anlage der Gepeinigten.

Unter diesem Titel erscheint im Dien-Verlag die kurzgefaßte Geschichte eines Feldlazarettis aus den Tagebüchern eines Sanitätsfeldwebels (1914-1918) mit einem Vorwort von Arthur Sikelz. Die Broschüre kostet 80 Pf., enthält genaue Auszüge aus dem Tagebuch eines Älteren, besonnenen Mannes, der mit seiner Person und einer großen Anzahl Zeugen für die volle Wahrheit des Niedergeschriebenen einstehen kann. Es ist die klassische Chronik der Niederträchtigkeit, der Ausbeutung, der Korruption und des Verbrochens an den Kermis der Armen, den Opfern des Krieges. Die nackte Darstellung der Tatsachen erschüttert hier mehr als literarischanspruchsvolle Kriegsgeschreibungen. Wir konnten aus eigenen Erfahrungen manches hinzufügen, so von einem Lazarettinspektor in Köln, der jetzt wegen jahrelanger Unterschleife endlich festgesetzt wurde. Man muß bedenken, daß es sich nur um Auszüge handelt, und daß der herausgegriffene Einzelfall eines kleinen Lazarettis nur einen winzigen Bruchteil alles dessen bildet, was an Schrecken während dieses Krieges in jeder Beziehung verübt worden ist.

Nur ein paar kleine Stichproben aus dem allüberall zu Bergen gehäuften Material. Der Lazarettinspektor verweigert den Kranken den Kaffee. Viele der Kranken sterben, sie können und dürfen ja außer Tee und Kaffee nichts anderes genießen. (Es sind Cholera- und Typhuskrankte.) Milch und Eier werden in großer Menge für das Kasino geholt. Kranke und Verwundete erhalten nichts. Selt wird jetzt nur von Offizieren getrunken. Alles, was der Inspektor täglich beschlagnahmt, heute 50 Flaschen Rotwein, 2 Flaschen Sekt, 2 Flaschen Rum, Seltenerweine, alles ausschließlich für Kranke bestimmt, wandert ins Kasino. Der Inspektor öffnet sogar für den Chefarzt die Dosen kondensierter Milch, die für die Kranken angebrochen werden. Ein Oberarzt, Adjutant vom Korpsarzt, versucht allerhand Lebensmittel abzuschieben. Er riecht an dauernd hart nach Alkohol, bekümmert sich nie um die Kranken, aber wenn er kam, so soll er wie eine Strandlanone. Zum Inspektor jagte er wörtlich, daß Uferne Kreuz gibt es nur, wenn ich öfter eingeladen werde. Die Schwerverwundeten erhalten 6 Tage altes Brot, da die Sanitätsoffiziere und Militärbeamten das ganze frische Weißbrot essen. Die Kranken haben alle Durchfall und Leibschmerzen von dem schlechten Wasser, das zum Essen nur lachend genommen wird. Für die

Schließung sämtlicher in der Hand des Bürgerturns befindlicher lebenswichtiger Betriebe.

Das Außerordentliche an diesem „Abwehrstreik der Bürgerturns“ in Bremen aber ist die Tatsache, daß er durchaus nicht dem freien Entschluß der gesamten Bürgerchaft entsprungen ist, sondern daß er von der Bremer Regierung befohlen und teilweise durch Gewalt erzwungen ist. Diese Tatsache haben alle aus Bremen ankommenden Telegramme bisher verschwiegen oder vertuscht. In der Besannmachung der Stadtkommandantur über die Verhängung des beschriebenen Belagerungszustandes heißt es aber unter Ziffer 4:

„Sämtliche Verkaufsstellen, im besonderen alle Gast-, Schank- und Speisewirtschaften, Kinos und Theater sind sofort zu schließen. Jede gewerbmäßige Abgabe von Waren aller Art wird verboten.“

Und die Lebensmittelkommission unterstützt diese Maßnahmen durch folgenden Erlass:

„Anschließend des Abwehrstreiks sind sämtliche Verwaltungs- und Geschäftsstellen der Lebensmittelkommission, die Brot-, Getreidezentrale, sämtliche Brotfabrikenausgabestellen, sowie die Ausgabestellen der Volksspeisung bis auf weiteres geschlossen.“

Da kann also von einem „Abwehrstreik der Bürgerturns“ gar nicht mehr die Rede sein. Es ist vielmehr so, daß die Stadtkommandantur im Auftrage des Senats nicht nur die lebenswichtigen, sondern die zum täglichen Leben unbedingt notwendigen Nahrungsmittelbetriebe gewaltsam stilllegt. Das heißt also, daß die Regierung gewillt ist, nicht nur die streikenden Arbeiter, sondern die ganze Bevölkerung eher verhungern zu lassen, als sie den Forderungen der Arbeiter nachgibt, ja ehe sie sich überhaupt auf Verhandlungen einläßt.

Und daß es der Regierung mit dieser ungeheuerlichen Drohung ernst ist, geht aus der Tatsache hervor, daß der Konsumverein, der trotz des Erlasses der Stadtkommandantur seine Kunden mit Brot versorgen wollte, von der Polizei daran gehindert, geschlossen und militärisch besetzt wurde. Ferner ist der Verkehr mit dem Landkreis Bremen vollständig unterbunden, zu dem ausdrücklich befohlengegebener Zweck, die hungernde Bevölkerung davon zu hindern, sich auf dem Land auszuheilen und Lebensmittel zu beschaffen. Die mit dem Belagerungszustand zugleich verhängte Preiszensur wird dazu benutzt, alle Meinungen über die von der Regierung durchgeführten Maßnahmen zu unterdrücken.

Es ist nicht abzusehen, wie die Dinge in Bremen sich entwickeln. Best nicht, daß vor der Verhängung des beschriebenen Belagerungszustandes die streikende Arbeiterschaft zur Wiederaufnahme der Arbeit sehr leicht zu bewegen gewesen wäre. Es hätte nur eines ganz geringen Entgegenkommens der Regierung bedurft. Heute haben die unsinnigen Maßnahmen der Regierung den Kampfwillen und die Erregung der Arbeiterschaft naturgemäß wieder gesteigert. Es ist nicht vorauszufragen, ob eine friedliche Lösung noch möglich ist. Kommt sie zustande, so wird es einzig das Verdienst der Arbeiterschaft sein, die bisher ihre Besonnenheit noch nicht verloren hat.

Bremen, 24. April.

Wesmann Telegraphisches Bureau meldet: Der Abwehrstreik der Ordnungsparteien dauert an. Die Auflockerung an die streikenden Arbeiter der lebenswichtigen Betriebe, bis heute vormittag 9 Uhr sich zur bedingungslosen Aufnahme der Arbeit zu erklären, ist nur von einem kleinen Teil der Arbeiterschaft befolgt worden, so daß die Gas- und Elektrizitätswerke, die Mühlen- und Hafenbetriebe und die Straßenbahn noch nicht wieder betriebsfähig gemacht werden konnten. Die Stadt ist ruhig. Zwischenfälle sind dank den umfassenden Sicherheitsmaßnahmen der sich nur aus freiwilligen Kräften der bremischen Ordnungsparteien zusammensetzenden Regierungstruppen und der Stadtwache auch heute nicht vorgekommen.

Vorliegendes Telegramm ist ein typisches Beispiel für die verlogene Berichterstattung des Bremer amtlichen Bureaus. Abgesehen davon, daß z. B. das Elektrizitätswerk bisher nicht einen Tag stillgelegt hat, es sind nicht die Arbeiter, die die lebenswichtigen Betriebe stillgelegt haben, es ist die Stadtkommandantur, wie ja die oben abgedruckte Ziffer 4 ihrer Besannmachung beweist.

nolleidenden Sanitätsoffiziere werden Streubüchsen gegeben, bedeglichen Torten, Cremeschnitten, Pudding usw. Das geschieht täglich ohne Ausnahme. Den Schwerkranken, die mit viel geschwollenen, aus den Höhlen getretenen Augen liegen und sich vor Schmerzen winden, für die die Vollmilch bestimmt ist, weil sie keine feste Nahrung zu sich nehmen können, gibt man für den ganzen Tag 2 Becher blaues Wasser, genannt Ragermilch. Davon sollen sie leben und wieder gesund werden. In der Offiziersküche will der Pudding nicht fest werden, daher muß die Apotheke schnellstens sterilisierte Gelatine heraufholen, die man sonst nur Schwerkranken bei Lungenbluten gibt. Auch das so bringend notwendige Olivenöl aus der Apotheke wandert ausnahmslos ins Kasino. Die kranken Soldaten essen saures Brot, Mehl und Zwieback werden im Kasino zum Lauchbuden gebraucht. Leute, die zu viel wissen und gesehen haben, werden nach vorn verfrachtet.

Die Gefühlslosigkeit und die „A. S.“-Sucht vieler Militärärzte ihren Patienten gegenüber kennt keine Grenzen. Einmal brüllte ein Patient ganz furchtbar, da sagte der Oberarzt zu den Sanitätsmannschaften: „Stecht doch dem Kerl eine Handvoll Waite ins Maul.“ Beschwerte beim Chefarzt blieb ohne Erfolg. Der Arzt ging zu Ende, aber der Militarismus ist geblieben. Auch diese Anklagegeschichte aus den Akten der Gepeinigten beurteilt ihn zum Tode.

### Mehr Farbenfreude im Arbeiterheim.

In der Abendausgabe der „Freiheit“ vom vorigen Sonnabend (Nr. 189) bittet Herr Adolf Behne in seinem Artikel „Billiger Hausrat“ um Aufhebungen aus der Arbeiterschaft, und bittet erlaube ich mir, einige Zeilen an die Redaktion zu senden. Da ich gewissermaßen auch vom Fach, nämlich Tischler, bin und auch sonst ein lebhaftes Interesse für Ausstellungen und ähnliche Sachen habe, trieb es mich auch bald zu der Ausstellung. Aber ich war enttäuscht. Ich hoffte, etwas Neues und Neues zu sehen, denn nach denen zu urteilen, die als Einberufener der Ausstellung zeichnen, mußte man das annehmen. Es sind gewiß einige ganz nette Entwürfe darunter, und manch einer wird sich leicht durch die geschmackvolle Anordnung verblüffen lassen; aber schließlich ist das auch nicht viel mehr, was jedem Architekten im Schaufenster selbiger, nur wird hier

### Wer hält die Freiwilligen-Truppen aus?

Unter dieser Ueberschrift hatten wir am Mittwoch einen Brief des Leiters der Hauptmeldestelle des Freiwilligen-Landesjäger-Korps in Steinhilber abgedruckt. In diesem Brief war mitgeteilt worden, daß eine Vereinigung der Industriellen Deutschlands als erste Rate 100 000 Mark zur Verteilung an die Freiwilligen-Verbände zur Verfügung gestellt habe.

Zu dieser Veröffentlichung sendet uns das Generalkommando Lüttich, das neuerdings Reichswehrtruppen-Kommando I heißt, eine Zuschrift, die von der Talentlosigkeit jener Herren Reuanis ableit, die in dieser Behörde die Aufgabe hatten, die Presse zu beeinflussen. Die Zuschrift behauptet, daß die Gelder nicht nur von wehrhabenden Persönlichkeiten stammen, und daß das Reichswehrtruppen-Kommando keinen Grund habe, die Summen solcher Spenden zu verweigern. Zu dem öffentlichen Brief seien außerdem zwei Artimere entworfen.

Von einer Auszahlung von Prämien an die Wehrbeauftragten ist weder beim Generalkommando noch bei einem freiwilligen Verband jemals die Rede gewesen. Dagegen sind solchen Persönlichkeiten, die sich ausgedehnt freiwillig an der Wehrbereitschaft betätigt haben, ihre Auslagen in angemessenem Umfange zurückerstattet worden. Im Durchschnitt betragen erfahrungsgemäß diese Auslagen etwa 1 bis 2 R. auf den Kopf jedes Angeworbenen, nicht 102 R., wie man an dieser Stelle falsch wiedergegebene Inhalt freierwilliger Briefes sagt.

Entweder haben die Herren vom Reichswehrtruppen-Kommando nicht die Fähigkeit, das veröffentlichte Dokument aufmerksam zu lesen oder nicht den Willen dazu. Sie mühten sich um die Wortlaut des Briefes nicht, daß der Briefschreiber, nicht wir, ausdrücklich hat, daß die 100 000 Mark von der Vereinigung der Industriellen Deutschlands zur Verfügung gestellt worden sind. Am Generalstab zu den Herren des Reichswehrtruppen-Kommandos steht auch der Leiter der Hauptmeldestelle des Freiwilligen-Landesjäger-Korps darin eine der Offenheit vorzuzugewandte Tatsache, denn er bezeichnet den Brief ausdrücklich als „heimlich“. Warum „heimlich“, wenn man das Richtige offenheit nicht zu scheuen hat?

Auch die übriigen „Richtstellungen“ betreffen den Inhalt des Briefes, der von uns im Wortlaut wiedergegeben ist. Der Brief hatte behauptet, daß beim Generalkommando Verhandlungen wegen der Auszahlung der Wehrbereitschaften stattgefunden haben, während die Zuschrift erklärt, daß sei nie die Rede gewesen. In diesen häuslichen Streit wollen wir uns nicht einmischen, uns genügt die Tatsache, daß der Brief in dem von uns veröffentlichten Wortlaut geschrieben ist. Worum bezeichnen die übriigen das Generalkommando Lüttich und nicht der Schreiber des Briefes?

### Die Bevorzugten.

Während die politischen Untersuchungsgefängnisse der Lehrtter Zellengefängnis bei ihrem Spaziergang im Gefängnis fünf Schritte Abstand halten müssen, gehen die wegen des Mordes an Liebknecht und Rosa Luxemburg verhafteten Offiziere Arm in Arm.

Während die anderen Gefangenen, abgesehen von kleinen Spaziergängen, in ihren Zellen bleiben müssen, haben die Herren volle Bewegungsfreiheit innerhalb des Gefängnisses und dürfen sogar die Arbeitsräume, wie die Druckerei, betreten.

Den sinnlos Verbotteten wird jede Verhinderung der Außenwelt unmöglich gemacht, Liebknechts Mörder sind tausend Wege der Verhinderung möglich.

Die Gefangenen werden einzeln vernommen. Der Untersuchungsrichter tut alles mögliche, um eine Konstruieren zu können. Liebknechts Mörder, der Jäger Rung, wurde in Gegenwart der mitangehafteten Offiziere verhört.

vielleicht durch die Räumlichkeit die Wirkung etwas vermindert über das Innere, doch sagt man der Zweck und Sinn der Ausstellung sein, nur dem Auge etwas zu bieten, sondern man könnte erwarten, daß solche Ausstellungen neue schöpferische Ideen bieten. Aber davon keine Spur.

Vor Jahren hat man immer soviel predigen hören gegen alles Altes und Intimere, und der Geschmacks des Arbeiters ist gewiß in den letzten Jahren gefördert worden. Nun, da er sich allmählich von diesem unechten Plunder befreit hat und seinen Sinn auf das Schlichte, Bedeugene richtet, zeigt man ihm noch Imitationen vor. Denn das, was die Ausstellung zeigt, ist nur die Nachahmung von jenen guten bürgerlichen Möbeln, die sich der Arbeiter nicht leisten kann. Hierin erkläre ich den größten Fehler, denn dadurch scheinen wir die Künstler in die Ansicht zu verfallen, die sie früher einmal bekämpft haben. Doch wir bei den hohen Preisen der guten Möbel nicht mehr an jene gediegenen Möbel denken können, ist selbstverständlich, aber keine Entschuldigung für das, was man uns dafür bieten will. Denn hätten sich die Künstler ein Teil ihrer Erziehung der letzten Jahre sparen können. Denn wenn wir fortzuschreiten wollen, können wir doch nicht in alte Fehler zurückfallen, sondern müssen neue Wege beschreiten werden. Und da scheint mir derjenige, den Herr Behne weist, der richtige.

Wenn man von Minderbemittelten spricht, darf man doch nicht immer an die Städter denken, sondern auch an den ländlichen Arbeiter, und dann empfindet man das Bedauern der Farbe am deutlichsten. Wie geschmacklos würde der größte Teil dieser Möbel in ländlichen Wohnungen wirken, und es würde das Auge ganz selbstverständlich nach Farbe verlangen, denn der Landarbeiter, der täglich die frische, farbenfrohe Natur um sich sieht, kann sicher nicht die einfarbige Farbe dieser Möbel lieben. Und der Arbeiter in der Stadt? Wohl es ist immer, wenn die Natur sich mit festlichem Melde schmückt, aus der Enge der Straßen, um sich an dem frohen Farbenwandel zu erfreuen? Treibt ihn da nicht das einfarbige Grau der ins Leuchtende Farbige? Dem Landarbeiter würden die humpen Farben die Freude an den schönen dorrigenen und dem Städter das Grau vermehren. — Auch die Frauen lieben sie nicht alles Farbige? Welche Frau ist es, die gern mit einem farblosen Kleide? Der Sinn für die Farbe ist doch eine Gabe der Natur, und warum diese Gabe brüden? Und wieviel wohlthuender und belebender würde ein farbenfrohes Zimmer auf das Gemüt der Kinder wirken.



# Die Regelung der Spandauer Werkstätten.

Von einem Oberingenieur wird uns in dieser Angelegenheit folgendes geschrieben:  
Die „Vossische Zeitung“ vom 22. April bringt einen Artikel über die Schließung der Spandauer Werkstätten, der verdient im Interesse der Arbeiterkassen Erwiderung zu finden.  
Wenn ein Privatbetrieb „allmählich so unwirtschaftlich wird, daß eine Fortführung unmöglich erscheint“, so wird man kurzerhand die verantwortlichen Leiter an die frische Luft befördern lassen, sie zur Rechenschaft ziehen.

Andererseits scheint es in Staatsbetrieben üblich zu sein! Wenn infolge der verhängnisvollen Kriegswirtschaft die Leistungen der Spandauer Werkstätten unter dem Gesichtspunkt angelangt sind, so ist dieses das Resultat der mangelhaften Bewirtschaftung durch technisch ungebildete Offiziere, in deren Mitte der Fachmann und schließlich niemand zu Wort gelangte. Heute, da der Wagen der Leitung verlassen ist, begnügt man sich, die Arbeiter für einige Zeit zu erhalten, um sie mit noch größerer Gewißheit der Erwerbslosenfürsorge oder der Not in die Arme zu treiben.  
An Mittel, der mangelhaften Lage abzuhelfen, scheint man nicht gedacht zu haben.

Nach den Ergebnissen vom November dürfte man hoffen, daß die Leitung eines Werkes mit solch wirtschaftlicher Bedeutung in die Hände eines tüchtigen Ingenieur-Kollegiums gelangen würde. Statt dessen ist die Lotterwirtschaft geblieben, was sie während des Krieges geworden war.

Wie Dahn auf die gesamte Arbeiterkassen Spandaus klagt die Ausführung der „Vossischen Zeitung“, wenn gesagt wird, „die Spandauer Arbeiter war durchaus uneinheitlich und wechselte häufig, so daß sich eine feste Kalkulation gar nicht herstellen ließ“.

An wem liegt da die Schuld? Etwas am Arbeiter? Soll dieser abermals den Sündenbock für die unglückliche Leitung spielen? Wäre die Leitung der Spandauer Werkstätten mehr um das Wohl der Arbeiter als um das eigene bechacht gewesen, so hätte in den vielen Monaten, in denen die Werke „unwirtschaftlich“ arbeiteten, Abhilfe geschaffen werden können.

Warum hat man nicht daran gedacht, Preisauschreiben und Wägen für solche Ingenieure auszugeben, die Verwendung für die in den Spandauer Werkstätten vorhandenen Rohmaterialien finden könnten? Warum ist man achlos an der Tatsache vorübergegangen, daß im Bande Mangel an Eisenbahnmateriale, Automobilen usw. herrscht, der durch Erwerb zweckmäßiger Wagen behoben werden konnte?

Was es der Fachmann nicht abermals als Dahn betrachten, wenn seitens der Leitung behauptet wird, die Werkstätten seien nicht für Herstellung von Friedenarbeit eingerichtet? Entzieht es sich denn der Kenntnis eben derselben Leitung, daß ein geringerer Teilbetrag der umsonst gezahlten Löhne und durch die Unfähigkeit des leitenden Personals hervorgerufenen „Fehlalkulationen“ genügen würde, die notwendigen Maschinen anzuschaffen; abgesehen davon, daß die bisher verwendeten immerhin einen noch mamentwerten Betrag darstellen?

Es ist zu hoffen, daß die Arbeiterkassen Spandaus den rechten Weg finden wird, ihre Interessen zu wahren.

# Massenforderungen der Kriegsbeschädigten.

B. T. B. meldet:

Wie uns gemeldet wird, werden Sonntag, den 27. April, in vielen Orten Deutschlands die Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen, welchen Organisationen sie auch immer angehören, in Massenforderungen eine Reihe von Forderungen der Öffentlichkeit vor Augen führen, über die sie gleichzeitig durch Vertreter der Organisationen mit dem Staatsministerium in Verhandlung getreten sind. Wie wir wissen, wird eine Abordnung der Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen morgen beim Ministerpräsidenten mit Vertretungen der verschiedenen in Betracht kommenden Ressorts, vor allem des Reichsfinanzministeriums, des Reichswehrministeriums, des Reichsarbeitsministeriums und des Kriegsministeriums eine Besprechung haben. Es ist nicht zu bezweifeln, daß das Reichsministerium die berechtigten Forderungen der Kriegsbeschädigten soweit erfüllen wird, als es die Umstände und die Finanzen des Reiches irgendwie erlauben. In wie großartiger Weise die Fürsorge für Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene von der Regierung aus wahrgenommen wird, zeigt die Gründung der neuen Abteilung im Reichsarbeitsministerium, die sich mit diesen Fragen zu beschäftigen hat, sowie

welches Kind freut sich nicht an den Farben! Das berücksichtigen die Architekten sonst so gern bei ihren Entwürfen für Damen-, Mädchen- und Kinderzimmer, aber hier in der Ausstellung scheinen sie nicht immer daran gedacht zu haben, daß sich beim Arbeiter fast alles in einem Zimmer vereinen muß.  
Dieser natürliche Sinn für schöne Farben, der so oft hervortritt, darf doch nicht durch das, was uns in unserem Heim umgibt, beschränkt werden, sondern alle Gegenstände müssen ihn beleben und fördern. Es wäre gewiß eine dankenswerte Aufgabe unserer Künstler, wenn sie uns in diesem Sinne ein Heim schaffen würden, an dessen frohen Farben sich das Auge belebt, nicht aber mit eintönigen Sachen und diesen natürlichen Sinn beengen.  
Otto Bogatzky

# Ein Malergehilfe schreibt uns unter anderem:

In Nr. 189 der „Freiheit“ veröffentlicht Herr Adolf Behne einen Aufsatz über die gegenwärtig im Kunstgewerbemuseum gezeigte Ausstellung „Einfacher Hausrat“. Wie alle bisherigen Ausstellungen auf diesem Gebiete, ist auch diese Ausstellung ohne die lebendige Mitwirkung der Arbeiter zustande gekommen. Ober glaubt man, durch die Mitwirkung der Generalkommission der Gewerkschaften dem Genüge geleistet zu haben? Doch die Aufgabe ist nicht gelöst, muß ich mit Herrn Adolf Behne verneinen. Wohnt der Arbeiter? So berücksichtigt man vor allen Dingen nicht die Wohnräume, wie sie augenblicklich und wohl auch in naher Zukunft der Arbeiterfamilie zur Verfügung stehen. Die Stubenwände sind durchweg zu klein, z. B. ist das Schlafzimmer von wannen wohl äußerst geizig in Form und Farbe, mutet aber doch zu sehr (z. B. das Sofa mit den Sesseln) als Puppenstube an. Das Beste der Ausstellung scheint mir noch das Schlafzimmer des Ornamentmalers zu sein, bis auf die Details, deren Ornamentik bald einer Arbeiterhausfrau Anlaß zu Verwünschungen in bezug auf die Reinigung geben würde. — Was nun die andere Frage der Farbigeit anbelangt, so sehe ich auf dem Standpunkt, daß wohl durchweg die Arbeiterkassen den gebeligen Anstrich den Vorzug geben wird. Wenn Herr Behne meint, daß ein Anstrich würde sich nicht heurer stellen, als das Weizen, so ist das meines Erachtens ein großer Irrtum. Oder meint Herr Behne den Anstrich mit abwaschbaren Spezialfarben, welcher auf der Ausstellung zur Anwendung gebracht ist? Ein Bild dürfte gemäßen, um zu überzeugen, daß sich die Farbe leicht schon bei unmerklichen weniger wird sie handhaben bei einem Möbelstück, welches

Die neuereiche Bewilligung von 26 Millionen Mark für eine Entlassungszulage.

Die von den Beteiligten erhobenen Forderungen sind:

1. Sofortige Inangriffnahme der Bearbeitung des neuen Manuskripts- und Hinterbliebenenversorgungsgesetzes durch eine besondere Kommission der beteiligten Zentralbehörden und der Kriegsbeschädigten- und Kriegshinterbliebenen-Organisationen.
2. Bis zum Inkrafttreten dieser Gesetze sofortige wesentliche Erhöhung der Bezüge der Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen.
3. Kostträgliche Gewährung von Entlassungszulagen und der sonstigen Entlassungsgebühren an alle vor dem 3. November 1918 entlassenen Kriegsbeschädigten.
4. Sofortige Inangriffnahme eines Gesetzes zur Schaffung eines wirksamen Einstellungszwangs.
5. Beschleunigung der Wohnungsfürsorge durch Schaffung von Notstandsbezirken, Inangriffnahme von Wohnungsbauten und Prüfung der Frage der Zivileinquartierung.
6. Bereitstellung ausreichender Reichsmittel für die soziale Kriegsbeschädigten- und Hinterbliebenenfürsorge.

Von der „arohaligen Weise“, die bei der Kürforne für die Kriegsbeschädigten maßgebend sein soll, hat die Öffentlichkeit bisher verdammt wenig erfahren. Es ist bezeichnend, daß die Kriegsbeschädigten für die Erlauna ihrer Rechte erst zu dem Mittel der Demonstration greifen müssen. Die Regierung wird nunmehr hoffentlich zornwachen, ihren kühnen Verköstungen endlich Laten folgen zu lassen.

# Der bayrische Heeresbericht.

München, 26. April.

Der gestrige amtliche Tagesbericht des Truppenkommandos Augsburg teilt mit: Nach Meldung der Truppen wurde in der vergangenen Nacht aus einem Hause in Odehausen auf Posten der Regierungstruppen geschossen, die das Feuer erwiderten. Bei den sich daran anschließenden Hausdurchsuchungen konnte man des Täters nicht habhaft werden. Mering wurde am 24. April von Regierungstruppen aus Augsburg besetzt. Bei Altheggenberg (Halbweg zwischen Augsburg und München) wurde am 23. April eine feindliche Kavalleriepatrouille der Münchener roten Armee zurückgetrieben. Die Durchsuchung nach Waffen mußte in verstärkter Weise durchgeführt werden, da die Ablieferung weitaus nicht der Zahl der angegebenen Waffen entspricht.

# Vom ungarischen Kriegshauplag.

Budapest, 24. April.

Das Ungarische Telegraphen-Korrespondenz-Bureau meldet: Am 23. d. M. haben die Rumänen ihr Vorrücken hauptsächlich gegen den südlichen Flügel der Ostarmer fortgesetzt und standen nach den letzten Berichten in der Linie Sturtoos-Sarkad entlang der Sebes-Koeroes-Romandi, ferner Debreczin-Mateszalka. Die Szekler kämpften nach mehrblütigen blutigen Gefechten noch immer vor Mateszalka und stehen in unmittelbarer Fühlung mit den Rumänen. Die nahe der Ungarinduna einige Kilometer weit vorgerückten tschechischen Truppen haben wir zurückgeschlagen; im übrigen sind Tschechen nur in unmittelbarer Nähe von Ungvar gegen die Gemeinde Oerdarma vorgedrungen und haben sie eingenommen.

Budapest, 26. April.

Das Revolutionsgericht hat wegen angeblicher gegenrevolutionärer Verschwörung den Adolaten Wilhelm Stengel und den ehemaligen Detektiv Deiber Risovenci zum Tode durch Erschießen verurteilt. Das Urteil ist bereits vollstreckt. Der Hörer der Technischen Hochschule Franz Szallai, der Rechtslehrer Radislaw Saghi, Artillerieleutnant Tibor Saghi, Hauptmann Viktor Wiesinger, Detektiv Boltau Pap und Oberleutnant Roland Morik wurden zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt. Die Strafverhandlung soll festgestellt haben, daß die Fäden der groß angelegten Verschwörung in die Provinzhäute und über die Demarkationslinie hinaus reichten.

# Gewerkschaftliches.

## Tarifberatungen im Dachdebergewerbe.

Bereits am 26. Januar machten die Dachdeber Vorschläge zur Ausgestaltung des künftigen Tarifvertrages. In dieser Versammlung wurde gefordert, für Dachdeber 2,00 Mark und für Hilfsarbeiter 1,10 Mark die Stunde, sowie die Bezahlung des vollen vorausbezogenen Jahrgeldes. In der Tarifkommissionssitzung am 12. Februar wurde bezüglich der Löhne vereinbart: Die Löhne für die Dachdeber sollen denen der Maurer und Zimmerer gleich sein. Am 23. März beschloß sich die Tarifkommission mit der Situation im Baugewerbe. Man einigte sich dahin, den bestehenden Tarifvertrag weiter gelten zu lassen, bis eine Änderung im Baugewerbe eingetreten sein wird. Für die Übergangszeit forderten die Gesellen vom 1. April für die Uebergangszeit den Stundenlohn von 2,20 Mark auf 2,40 Mark; vom 15. Mai ab eine weitere Erhöhung auf 2,60 Mark. Die Arbeitgeber in der Tarifkommission waren hiermit einverstanden.

Die Dachdebergesellen beschäftigten sich am 3. April mit dieser Angelegenheit und stimmten, wenn auch mit Widerstreben, zu. Die Unternehmer hingegen lehnten die Lohnaufbesserung in ihrer Versammlung am 7. April ab. Das ist ein Standpunkt, den die Arbeitgeber im Dachdebergewerbe immer eingenommen haben. Sie haben selten ein wenig Verständnis für die wirtschaftlichen Verhältnisse des Arbeiters aufgebracht. Durch diesen Beschluß war die Gefahr, in Berlin tariflos arbeiten zu müssen, wieder entstanden. Am 12. April wurde wieder verhandelt. Die Arbeitgeber erklärten sich schließlich bereit, dafür einzutreten, daß der Stundenlohn vom 1. April ab auf 2,40 Mark erhöht wird. Weitere Forderungen zu vertreten, lehnten sie ab, mit dem Hinweis darauf, daß die Arbeitgeberversammlung am 7. April die Forderungen abgelehnt habe. Den Gesellen blieb unter Würdigung der ganzen Situation nichts weiter übrig, sie mußten ihre Zustimmung erklären, um für Berlin den Frieden zu wahren. Der Stundenlohn beträgt somit vom 1. April ab 2,40 Mark. Die Differenz ist von allen Arbeitgebern nachzugeben.

Mit dem Abschluß eines Tarifvertrages für die Hilfsarbeiter ist es noch immer sehr schlecht bestellt. Die Unternehmer waren bis jetzt gewöhnt, mit der Arbeitskraft des Hilfsarbeiters Raub zu treiben, und diesen Zustand möchten sie für alle Ewigkeit fortsetzen.

Die Rechtsanwaltskammern beschäftigten sich in einer nach Beschluß der Versammlung mit dem Tarifvertrag, der mit den Rechtsanwaltskammern zustande gekommen ist. Der Verhandlungstour wurde eingehend erläutert und nach verschiedenen Richtungen hin bemängelt, schließlich aber angenommen mit zwei Resolutionen, die das Mitbestimmungsrecht der Angestellten und eine ständige ständige durchgehende Arbeitszeit fordern.

Die im Tarife vorgezeichneten Gehälter betragen in der IV. der Höchstbezahlten Gruppe, bei einem vollständig selbständigen Tätigkeitsgebiete, wie Leitung des Bureaus, selbständige Entwürfe von Anlagen und selbständige Tätigkeit in Konstruktions- und Nachforschungen für Angestellte bis zu 50 Jahren 460 Mk., über 50 Jahren 500 Mk. pro Monat. Wie die Löhne der anderen Gruppen bemessen sind, kann man sich vorstellen.

Die Generalversammlung des Deutschen Händlerverbandes, Verwaltungskomitee Berlin, die kürzlich stattfand, stellte sich auf den Boden des Ratesystems, da sie die Ueberzeugung hat, daß durch die Arbeiterkräfte besser die Interessen der Händler gemehrt werden. Eine Sammlung unter den Mitgliedern für die politischen Inspektoren ergab den Betrag von 121,50 Mk. Die Verhandlungen mit dem Polizeipräsidenten wegen Freigabe des Straßenhandels haben bisher noch zu keinem Ergebnis geführt. Schuld daran ist der Widerstand unterer Organe. — Im letzten Quartal konnte der Verband in Berlin 500 Renouveaux kaufen.

Die Zivilmilitär in Spandau haben sich seit dem 1. April eine Ortsvereinsorganisation gegründet und sie haben sich an die leitenden Männer der S. A. D. am Orte gewendet um Uebernahme der Rufaufträge zur Weisheit. Dem ist wie uns mitgeteilt wird, nicht entsprochen worden mit der Begründung, man habe schon Militärmilitär für diese Arbeit engagiert. Das paßt zur Weisheit der S. A. D. Sie sollten die Militär von den freiwilligen Korps der Rotlegarde nehmen, dann würden die Arbeiter noch deutlicher sehen.

Die Arbeiter der Firma Subkatis, Lichtenberg, welche am 22. Januar d. J. infolge des Streiks in den Kraftzentralen Lohnausfall hatten, können sich wegen Regelung desselben innerhalb 8 Tagen beim Obmann des Arbeiterausschusses melden, Kronenberg, Arbeiterrat.

Die Grundzüge charakterisieren das revolutionäre Programm: Entgegen der sachlichen Zerreißung der Einheit Kunst, welche gerade die Akademien befördert haben, will Gropius in seinem „Bauhaus“ — er verwirft den Ausdruck Akademie, wie es überhaupt in Weimar keine Titel für Künstler geben soll — die Einheit aller Künste wieder aufzurichten helfen. Den Bund der Künste schließt die Architektur. Malen und Weizen sind Helfer am Bauwerk. Das Ideal dieser Lehre ist, alle „Schule“ untergehen zu lassen in dem wachsenden Bau, an dem alle, Meister, Gesellen und Lehrlinge, mitarbeiten — lehrend und lernend.

Gropius will also eben das stärken, was am meisten verniedrigt, die Werkgeinnung. Fort mit der Isolation der Künste! Der Künstler ist Handwerker, kein Zugewandter. Alle gute lebendige Kunst ruht auf dem Handwerk. Und so verlangt Gropius, daß jeder Besucher seines „Bauhauses“ zunächst ein Handwerker gründlich erlerne. In dem Werkstätten wird dazu Gelegenheit gegeben. Erst die Beherrschung eines Handwerkes macht aus dem Lehrling einen Gesellen, der sich der Malerei, Plastik oder Architektur zuwenden kann, wobei dorgeforgt wird, daß er sich nicht in ein „Fach“ vergräbt.

Drittens aber soll die Erde zur Allgemeinheit geschlagen werden. Dieses „Bauhaus“ schließt sich nicht hochmütig ab. Es öffnet sich weit aller Liebe zur Kunst, es will alle gewinnen. Innerhalb des Hauses bilden Meister, Jungmeister, Gesellen und Lehrlinge einen heiteren kameradschaftlichen Bund, in freier, rein menschlicher Form. Hier gibt es keine Zäpfel.

Es ist eine Tat, daß Walter Gropius diese kühnen Ideen im Weimar durchgesetzt hat. Um die Verwirklichung ist uns nicht bange. Wahrscheinlich wird es sich bald herumgesprochen haben unter den jungen Kunst-Akademikern, wo freies, freudiges Leben und Lernen in Deutschland ist. Adolf Behne.

Die Volkshäuser als Opernbau. Unter der künstlerischen Leitung von Maximilian Davis gelangen in der diesjährigen Sommerpielzeit in der Volksbühne, Theater am Götterplatz, zum ersten Male Opernvorstellungen zur Aufführung. Die Dabisten veranstalten in den Räumen des Graphischen Robinsons J. B. Neumann, Kurfürstendamm 232, vom 23. bis 30. April eine Ausstellung. Es werden Werke von Josef Hölzner, George Grosz, Hans Hausmann, Studenberg und Decken hauptsächlich zu sehen sein.

dauernd im Gebrauch ist. Ein Aulorbeiten würde bald notwendig sein, und darin sind alle schönen Blumen, Steine usw. Es käme also nur ein Anstrich mit guter Oel- bzw. Lackfarbe in Frage und da würden wohl die Möbel, welche an und für sich schon in ihren Preisen für den Arbeiter sich zu hoch stellen, noch bedeutend teurer werden. Wenn Arbeiter denn bemalte Möbel abziehen, so dürfte es nicht Scheu vor der Farbigeit sein, sondern Freude am Material, an schönen Holzern, wodurch das gebeizte Möbel so reizvoll wird. Im übrigen: Man wende sich an die Arbeiterkassen selbst, man rufe die vielen künstlerischen Kräfte, welche in der Arbeiterkassen kammern, zur Mitarbeit auf, und ich glaube bestimmt, die Frage des „Einfachen Hausrates“ dürfte bald gelöst werden.  
Karl Schneider, Reußlin.

# Die Ueberwindung der Kunst-Akademie.

Die deutschen Akademien der Wissenschaften wie der Künste sind im Laufe der letzten Generationen, namentlich aber unter dem glorreichen Zepter Wilhelms des Zweiten, der vor Kunst und Wissenschaft genau so viel Achtung hatte wie jeder reichgewordene Spieler, so leer und unteroffiziellmäßig verknüppelt, daß kein Mensch mehr einen Funken Interesse für diese byzantinischen Institute haben konnte. Es ist ist so auch mit allgemeiner Gleichgültigkeit ausgenommen worden, daß sich die Berliner Akademie unter dem Eindruck der Revolution „verjüngt“ habe. Höchstens konnte man bedauern hören, daß Künstler wie Georg Kolbe, namentlich aber wie Räte Kollwitz dem Ruf der Akademie überhaupt Folge gaben. Schöner wäre es gewesen, sie hätten diesem Institute einen glatten Ruch gegeben. Wie wenig sie in die Gesellschaft passen, dürfte ihnen die Demonstration gegen den „Kunstraub der Entente“ gezeigt haben. — Die Akademie ist tot.

Wenn nun jetzt mitgeteilt wird, daß der Berliner Arbeiter Walter Gropius, der zur Leitung des Berliner „Arbeiterrats für Kunst“ gehört, die Reorganisation der Weimarer Kunstakademie übernommen habe, ist es wohl möglich, daß diese Bewegung ebenfalls gleichgültig hingenommen und bald vergessen wird. Das wäre aber zu bedauern, weil das, was Gropius nach langer Prüfung und Vorarbeit in Weimar unternimmt, etwas ganz Neues und höchst Wichtiges ist — nicht mehr und nicht weniger, als der erste Versuch einer lebendigen und nützlichen Kunstschule — unter Benützung aller wichtigen gedanklichen Vorarbeiten.



